



Niederschrift

17-028. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages

am Freitag, 17.07.2015, 08:00 Uhr bis 09:05 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Rettungsdienst
 - Betriebssatzung
 Vorlage: 17-1621
- Punkt 2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises
 Bergstraße 2016 - 2021
 Vorlagen: 17-1666, 17-1666/1 und 17-1666/2
- Punkt 3 Pakt für den Nachmittag; Abschluss einer Kooperationsverein-
 barung zwischen dem Land Hessen und dem Kreis Bergstraße
 Vorlage: 17-1662/1
- Punkt 4 Sale-and-lease-back; Verfahren zum Ende der 1. Mietperiode
 - Ausübung der Ankaufsrechte
 Vorlage: 17-1611
- Punkt 5 Entwicklungen der Vollzeitpflege und der Heimerziehung im
 Rahmen der Umsteuerungsleistungen des Jugendamtes
 gemäß "Familien stärken - Zukunft schaffen"
 Vorlage: 17-1683
- Punkt 6 2. Stufe S-Bahn Rhein-Neckar
 - Einbindung des Ausbaus des Bahnhofes Groß-Rohrheim in
 das Projekt und Übernahme von Finanzierungsanteilen durch
 den Kreis Bergstraße
 Vorlage: 17-1709
- Punkt 7 Rahmenvereinbarung Personalentwicklung für die Kreis-
 verwaltung Bergstraße und alle Eigenbetriebe
 Vorlage: 17-1615
- Punkt 8 Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2015
 Vorlage: 17-1694
- Punkt 9 Kreditportfoliomanagement
 - Schuldscheindarlehen
 Vorlage: 17-1680
- Punkt 10 Übernahme einer Bürgschaft für die Christophorus Wohnheime
 eG, Bensheim
 Vorlage: 17-1700

- Punkt 11 Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs
- Information der Verwaltung zum Sachstand
Vorlage: 17-1585/2
- Punkt 12 Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft
- Bestellung Abschlussprüfer 2014
Vorlage: 17-1608
- Punkt 13 Martin-Luther-Schule Rimbach; Erweiterung
- Überplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 17-1701
- Punkt 14 Abwicklung des Investitionsprogramms
- Entwicklung der Investitionsmaßnahmen und deren
Finanzierung
Vorlage: 17-1710
- Punkt 15 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 15.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Verfahrensweise mit Themen von Ausschüssen beim
Entfallen von Ausschusssitzungen
- Punkt 15.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
hier: Interkommunales Breitbandnetz IKbit

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Fiedler, Josef SPD

Ausschussmitglieder:

Arnold, Hermann Peter	CDU	
Kempf, Bastian	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	siehe auch Ausschussvorsitzender
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Moritz, Renate	SPD	in Vertretung für Herbert, Gerhard
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FREIE WÄHLER	
Hörst, Christopher	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	Bürgerunion	in Vertretung für Hoch, Haymo
Dambier, Peter	PIRATEN	in Vertretung für Zenker, Veronika

Fraktionsvorsitzende:

Haag, Alfons	CDU
Zenker, Veronika	PIRATEN

Kreisausschuss:

Schimpf, Matthias	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
-------------------	-----------------------------------

Verwaltung:

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Brück, Tobias	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Futterer, Melanie	Controlling (bis TOP 9 anwesend)
Stolz, Diana	Personalmanagement (bis TOP 7 anwesend)
Bartonitz, Erika	Amt für Soziales (bis TOP 8 anwesend)
Bonnmann, Ralf	Amt für Soziales (bis TOP 8 anwesend)
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt
Manhart, Andreas	Jugendamt
Bickelhaupt, Reinhold	Öffentlicher Personennahverkehr (bis TOP 6 anwesend)
Blume, Claudia	Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (bis TOP 4 anwesend)
Lienert, Stefan	Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (von TOP 11 bis 14 anwesend)
Jahnke, Dagmar	Personalrat (bis TOP 12 anwesend)
Krauß, Nadja	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
Reger, Lisa	Auszubildende
Brzoska, Saskia	Auszubildende (bis TOP 9 anwesend)

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
------------------	---

Der Ausschussvorsitzende, Herr Abgeordneter Fiedler, eröffnete um 08:00 Uhr die 17-028. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlte Herr Landrat Wilkes wegen einer anderweitigen Terminverpflichtung.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Mit Rücksicht auf den bis ca. 09:00 Uhr dauernden Gesprächstermin von Herrn Landrat Wilkes wurden die Tagesordnungspunkte 4 bis 6 der Einladung als Punkte 12 bis 14 vorgesehen, um ihm ggf. eine Teilnahme an der Beratung zu ermöglichen.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Im Ausschuss wurde angeregt, zukünftig die Suche nach Anbietern für solche Unterbringungsmodelle auf die Metropolregion auszuweiten. Herr Kreisbeigeordneter Schimpf erklärte, auch bei jedem anderen Anbieter hätte der Kreis eine Ausfallbürgschaft übernehmen müssen.

Auf die Frage nach der späteren Verwendung der Wohnhäuser erläuterte Herr Kreisbeigeordneter Schimpf, der Kreis belege die Häuser für maximal 13 Jahre. Die Nachfolgenutzung der Häuser sei zwischen der jeweiligen Gemeinde und der Christophorus Wohnheime eG vertraglich festzulegen.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt die Übernahme einer Ausfallbürgschaft mit nachrangiger Inanspruchnahme in Höhe von insgesamt 4.500.000 € zugunsten der Christophorus Wohnheime eG, Bensheim, für Darlehen in Höhe von insgesamt 14.700.000 €. Die Bürgschaft wird gewährt für den Neubau von Wohnhäusern, die in der Erstbelegung der Unterbringung von Flüchtlingen dienen.

Die Bürgschaftsübernahme erfolgt unter den Voraussetzungen, dass hiermit nur ein übliches Risiko verbunden ist und eine Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt erteilt wird, sofern die Bürgschaft genehmigungspflichtig ist."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 11: Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs - Information der Verwaltung zum Sachstand Vorlage: 17-1585/2

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat die Vorlage 17-1585/2 zur Kenntnis genommen.

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf berichtete über einige Eckpunkte der die vor wenigen Tagen getroffenen Übereinkunft zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden, der Landesregierung und den Regierungsfractionen zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Für die kommunale Ebene bestimmte Mittel des Bundes werde das Land zukünftig vollständig an die Kommunen weiterleiten und steuerliche Mehreinnahmen würden zukünftig hälftig zwischen Land und kommunaler Ebene aufgeteilt. Die Übereinkunft sei für die kommunale Ebene nicht voll zufriedenstellend; bei der Neuordnung des KFA sei keine besondere Förderung der Grundzentren vorgesehen.

